

## **Antrag**

**der Abgeordneten Birgit Homburger, Dr. Hermann Otto Solms, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

### **Öko-Steuer zurücknehmen**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die bisherigen Schritte der Öko-Steuer zurückgenommen und auf die geplanten weiteren Schritte verzichtet wird.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Regierung auf, einen Gesetzentwurf für eine wirkliche ökologische Steuerreform vorzulegen. Dazu gehören die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer und ihre Umlegung auf die Mineralölsteuer sowie die Umwandlung der Kilometerpauschale in eine fahrzeugunabhängige Entfernungspauschale.

Berlin, den 6. Juni 2000

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

#### **Begründung:**

Die Steuererhöhungen im Rahmen der so genannten ökologischen Steuerreform haben keine ökologischen Wirkungen erzielt. Der Benzinverbrauch steigt weiter an. Die jüngsten Preiserhöhungen an den Tankstellen haben erneut deutlich gemacht, dass etwa 70 % des Spritpreises aus Mineralöl- und Mehrwertsteuer bestehen. Dank der so genannten ökologischen Steuerreform der rot-grünen Koalition wird der Autofahrer in diesem Jahr 4 Mrd. DM mehr für Kraftstoffe ausgeben müssen. Hinzu kommt die Mehrwertsteuer von 16 %. Angeblich stehen diese massiven Steuererhöhungen für bessere Umweltbedingungen, weil die Bürger weniger Auto fahren werden. Niemand kann dem Pendler allerdings erklären, wie er ohne Auto zur Arbeit kommen soll. Auch

der Unternehmer, der seine Kunden besucht, ist auf sein Fahrzeug angewiesen und kann den erhöhten Benzinpreisen nicht ausweichen. Das Modewort Ökologie verdeckt, dass das Anziehen der Steuerschraube einzig dem Füllen der staatlichen Kassen dient.

Die Öko-Steuer ist gefährlich für den Aufbau Ost. Sie ist frontal gegen die wirtschaftlichen Interessen der ostdeutschen Länder gerichtet, denn sie belastet jene Branchen besonders stark, die dort überdurchschnittlich vertreten sind: Die Landwirtschaft und den gewerblich-industriellen Mittelstand. In Ostdeutschland, wo die Energiepreise ohnehin höher liegen als im Westen, kommt dies einem Sonderopfer gleich, das mühsam aufgebaute wirtschaftliche Existenzen bedroht und andere Standortvorteile zunichte macht.

Aus der Koalition weiter nichts als Populismus: Die vereinzelt erhobenen Forderungen nach Anhebung der Kilometerpauschale oder Benzingutscheinen für Geringverdiener waren ein vordergründiger Versuch, dem Zorn der Autofahrer etwas entgegenzusetzen. Die Mineralölsteuererhöhungen der rot-grünen Koalition belasten nicht nur Arbeitnehmer und Unternehmer, sondern große Bevölkerungsgruppen, die weder die Kilometerpauschale in Anspruch nehmen können noch von abgesenkten Rentenversicherungsbeiträgen profitieren: Nicht nur Freiberufler und Landwirte, auch Rentner, Hausfrauen, Studenten, Arbeitslose, Beamte oder Sozialhilfeempfänger müssen die Mehrbelastungen ungeschmälert tragen. Die Koalition täuscht so die Bürger mit ihrer Behauptung, die Öko-Steuern seien sozial gerecht.

Die ökologische Steuerreform der rot-grünen Koalition war von Anfang an eine Fehlkonstruktion. Positive Umwelteffekte werden nicht erzielt. Die Finanzierung der Rentenausgaben durch den Steuerzahler verdeckt, dass eine umfassende Reform der Rentenversicherungssysteme unumgänglich ist. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sein Versprechen, die Mineralölsteuer nur einmalig um 6 Pfennig anzuheben, längst gebrochen, um den Koalitionsfrieden nicht zu gefährden. Die Grünen haben ihr Umweltprofil verloren. Von der Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer – früher eine zentrale Forderung und bis heute Bestandteil ihres Programms – ist längst keine Rede mehr.